

FOR**family office report***Gespräche, Hintergründe und Fakten***MÄRZ 2021****Nr. 20****CORONA-POLITIK MACHT UNS MÜTEND**

Seite 2

Das Wichtigste als Klarstellung vorneweg: Querdenker-Verschwörungstheorien verbieten sich bei rund 75.000 Corona-Toten in Deutschland. Auch eine mögliche (Fehl-)Interpretation von Übersterblichkeit macht die Sache nicht besser. Erlaubt - nein sogar gefordert - ist eine laute Kritik an der politischen Umsetzung des Pandemie-Managements, das geprägt ist von Überbürokratisierung und Beamtenmentalität. Verschlimmert wird die Unfähigkeit der politischen Akteure durch die teils massive, teils aber auch subtil versteckte Wahlkampfretorik, die so manche Entscheidungen und Widersprüche zwar erklärbar macht, aber ebenso als populistisch outet...

Seite 4

Inflation entsteht durch Vertrauensverlust

Seite 6

Welche Rolle werden digitale Währungen in Zukunft spielen?

Seite 7

DIFI lässt Talsohle hinter sich

Corona macht uns MÜTEND

Die monetären Folgen nach einem Jahr politischen Pandemie-Managements!

Das Wichtigste als Klarstellung vorneweg: Querdenker-Verschwörungstheorien verbieten sich bei rund 75.000 Corona-Toten in Deutschland. Auch eine mögliche (Fehl)Interpretation von Übersterblichkeit macht die Sache nicht besser. Erlaubt - nein sogar gefordert - ist eine laute Kritik an der politischen Umsetzung des Pandemie-Managements, das geprägt ist von Überbürokratisierung und Beamtenmentalität. Verschlimmert wird die Unfähigkeit der politischen Akteure durch die teils massive, teils aber auch subtil versteckte Wahlkampfrhetorik, die so manche Entscheidungen und Widersprüche zwar erklärbar macht, aber ebenso als populistisch outet. Richtig ist, für die Zeit nach den massivsten Auswirkungen der Pandemie eine Enquete-Kommission in der neuen Legislaturperiode zu fordern, um die wichtigsten und weitreichendsten Fehler aufzudecken und für die Zukunft zu vermeiden.

Aber nun zum Fachlichen:

1. Aktuell wurde für Ostern ein „Ruhetag“ diskutiert – vielmehr handelte es sich um einen Feiertag zu Gründonnerstag und zusätzlich am Karsamstag - als „radikaler“ Lockdown. Nach diversen Statistiken hätte ein solcher zusätzlicher Feiertag rund zehn Milliarden Euro gekostet. Selbst wenn Produktionsleistungen an anderen Tagen danach eingearbeitet werden, reden wir über einen Betrag zwischen drei bis fünf Milliarden Euro. Aus gutem Grund wurde dieses Vorhaben am 24.03. zurückgezogen und die Kanzlerin bezeichnete es als Fehler!

2. Jede Woche Handels- und Gastro-Lockdown schlägt mit rund ein bis zwei Milliarden zu Buche. Der Betrag hier ist nur deshalb deutlich geringer, da hier z.B. keine Produktionsbänder stillstehen.

3. Die staatliche Corona-App, die Kosten im mittleren zweistelligen Euro-Millionenbereich verschlungen hat, ist zur Farce verkommen und muss durch innovative private Lösungen wie die LUCA App u.a. von Fanta4 Frontmann Smudu ersetzt werden.

4. Rettungsgelder für die betrof-



fenen Branchen kommen schleppend und in nicht ausreichender Höhe bei den Betroffenen an. Die Auszahlung von Fördermilliarden wird gestoppt, weil ein Millionenbetrag widerrechtlich beantragt wurde. Man hat den Eindruck, dass der Wirtschaftsminister die Wirtschaft nicht versteht.

Daniel Stelter, Autor des Bestsellers von 2020: „Coronomics: Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise“, hat es so ausgedrückt: Deutschland ist seit mindestens einem Jahr führungslos. Während wir reagieren, agieren wir nicht. Leuchtturmprojekte wie von den Oberbürgermeistern von Tübingen und Rostock sind wünschenswert und werden zu wenig auf ganz Deutschland übertragen. Das Sicherheits-Doppel-Airbag-Denken der Deutschen, die inzwischen über 1,8 Billionen Euro auf ihren Konten halten, setzt sich direkt in der Pandemiepolitik fort. Wahrscheinlich haben alle diese Politiker zuhause im heimischen Wohnzimmer eine Eiche-Rustikal-Schrankwand stehen, die der Inbegriff in der Verhaltensökonomie für konservative Anlagestrategie und Sicherheitsdenken ist.

Olaf Scholz ist nun der Finanzminister, der in drei Jahren eine Verschuldung – natürlich auch wegen der Finanzierung der Pandemie – aufgehäuft hat, die in den letzten 20 Jahren nicht erreicht wurde. Und dies ist umso erstaunlicher, da in diesen zwei Dekaden auch die große Finanzkrise nach der Lehman-Pleite fällt. Das am Freitag, 19.03.2021, vorgestellte

Wahlprogramm der Grünen will die Umverteilung „endlich“ abschließen. Wenn man in die Statistiken blickt und sieht, dass das oberste Quartil der Einkommensteuerzahler eh schon den Löwenanteil der Steuerlast trägt, kann dies nur eine Ausweitung der Vermögensbesteuerung bedeuten. Denn in Deutschland gilt jemand bereits als „reich“, wenn er rund 60.000 Euro brutto verdient oder ein Vermögen inklusiv Immobilienbesitz bei etwas unter 500.000 Euro sein Eigen nennt. Das bedeutet fast unweigerlich, dass auf Besserverdiener und Investoren höhere Steuern zukommen werden.

Welche monetären Folgen sind für Anleger und Investoren abzuleiten?

Trotz anderweitiger verbaler Signale wird eine Zinserhöhung zeitlich um Jahre nach hinten rutschen. Vielmehr ist zu erwarten, dass sich die Negativzinspolitik verfestigt. Allein die Bundesrepublik vereinnahmt derzeit jährlich einen Milliardenbetrag für die Begebung von Staatsanleihen. Eine Zinswende mit zu zahlenden Zinsen für Neukredite würde Deutschland in ernsthafte Liquiditätsprobleme bringen, andere europäische Staaten wie zum Beispiel Italien an den Rand des Staatsbankrotts. Nicht nur deshalb sind derzeit Euro-Anleihen für die Finanzierung der Pandemiefolgekosten hoffähig geworden und wurden durch die Hintertür eingeführt. Nicht mehr abwegig sind deshalb Sondersteuerprogramme wie ein Corona-Soli, eine Lastenausgleichsinitiative

oder eine Immobiliensonderabgabe. Nichts anderes deutet das Wahlprogramm der Grünen an, die mit großer Wahrscheinlichkeit einer Bundesregierung ab Oktober angehören werden. Und eine durch Unfähigkeit in der Pandemiebekämpfung sowie durch Bereicherungsdebatte mit Maskendeals geschwächte CDU/CSU wird sich dem kaum entgegenstellen können, wenn überhaupt die Parteien mit dem C im Namen noch einer Regierungskoalition angehören werden.

Damit erklärt sich der in der Überschrift verwendete Begriff MÜTEND über die Stimmungslage der deutschen Bevölkerung: Einerseits sind die Menschen müde ob der unendlichen und nicht wirkenden Corona-Lockdowns und andererseits hochgradig wütend. Wütend, aber nicht im Sinne der Querdenker, die ihren Frust skurril in Chaos-Demos ausdrücken, sondern wütend über die Einfallslosigkeit und Monotonie, nur Schließungen und Lockdowns als Maßnahmen gegen Corona in petto zu haben und im existenziellen Bereich, nämlich im Impfen und Testen kläglich zu versagen. Egomatisch geführte Staaten wie USA unter Trump und England unter Johnson haben nach

einem katastrophalen Start den Turnaround geschafft und erkannten die Bedeutung von massiven Impfkampagnen. Das wird die Wirtschaft in diesen Ländern für Investoren schneller genesen lassen.

Die Erkenntnis ist: Wir müssen uns alle von MÜTENDEN zu fordernden und multiaktiven Bürgern entwickeln. Wie im klerikalen Bereich nicht das Gute im Glauben bzw. dem Christlichen hinterfragt werden sollte, sondern gnadenlos die Firma Kirche. So sollten wir hier nicht die Demokratie und die Freiheit demontieren, sondern vor allem den Beamtenapparat und die Bürokratie des Politikbetriebs in Frage stellen. Deutschland ist nicht wegen eines erfolgreichen Pandemiemanagements ökonomisch nicht allzu sehr abgestürzt - mit Ausnahme der politisch kaltgestellten Branchen - sondern trotz ökonomisch auf vielen Ebenen der Corona-Situation wegen herausragendem Unternehmmergeist. Es ist fast schon Realsatire, nun genau diesem Klientel die Staatsanierung über neue Steuererhöhungen aufzuerlegen.

In diesem Sinne, bleiben Sie kritisch und fördern auch Sie mehr #finanzbewusstsein



„Eins ist sicher:
Wir werden älter“

Webinar
am 13.04.2021
um 16.00 Uhr
zum Thema:

„Eins ist sicher:
Wir werden älter-
Nachhaltige und altersgerechte
Wohnimmobilien“

Interessiert?

Bitte kontaktieren Sie:

M.Berger@lhi-capital.de

Direktor LHI Capital Management GmbH



 bulwiengesa

Kurzmeldungen

Alle Meldungen in voller Länge lesen Sie auf finanzbildungsforum.digital

Patenschaft für Digitalisierung an Schulen: Fonds Finanz und netzklasse weiten Kooperation auf weiteres Schuljahr aus

Die Remote-Lernumgebung netzklasse basiert auf der Technologie der Online-Beratungssoftware Bridge und wurde während des ersten Lockdowns 2020 entwickelt. Um in Pandemie-Zeiten unabhängig von Schulschließungen Zugang zu Bildung zu gewährleisten, übernimmt die Fonds Finanz seit letztem August Schulpatenschaften für das virtuelle Klassenzimmer. Mit netzklasse können Lehrer Unterrichtsstunden ortsunabhängig halten und diese mittels pädagogischer Tools interaktiv gestalten. Angesichts der anhaltenden Schulschließungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, verlängert die Fonds Finanz die Aktion auf das gesamte kommende Schuljahr.

Global Money Week vom 22. bis 28. März 2021 rückt die Bedeutung von Finanzbildung für junge Menschen in den Fokus.

Entgegen einer Empfehlung der OECD hat Deutschland bis heute keine nationale Strategie für Finanzbildung. Gemeinsam mit 15 weiteren Organisationen in Deutschland ergriff nun der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb) die Initiative und unterstützt die Global Money Week der OECD. Zielgruppe der digitalen Aktionswoche waren Jugendliche, Schulabsolventen und die interessierte Öffentlichkeit. Sieben Tage lang gingen Experten auf verschiedene Aspekte des Geldes ein und machten auf die gesellschaftliche Relevanz der Finanzbildung aufmerksam.(...)

Gothaer Anlagestudie 2021: Sicherheit – ein zu wichtiges Anliegen der Frauen?

Sicherheit steht bei den Deutschen bei der Geldanlage an erster Stelle, für Frauen hat dieser Aspekt aber eine noch höhere Priorität. (...) Männer sind hingegen eher bereit, Risiken einzugehen. Auch haben 49 Prozent der Frauen die Sorge, dass sie ihren Lebensstandard später nicht halten können, während es bei den Männern nur 33 Prozent sind. Das sind einige der Ergebnisse einer repräsentativen Studie zum Anlageverhalten der Deutschen, die die Gothaer Asset Management AG (GoAM) von der forsa Politik- und Sozialforschung im Januar 2021 bereits zum zwölften Mal durchzuführen ließ.(...)

IMPRESSUM**Herausgeber:**

Stiftung Finanzbildung gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

Verlag/Anzeigenvertrieb:

epk media GmbH & Co. KG
Altstadt 296, 84028 Landshut
Tel.: +49 (0)871 43 06 33-0
Fax: +49 (0)871 43 06 33-11
E-Mail: sekretariat@epk24.de

Redaktion:

Edmund Pelikan (ep) verantwortlich,
Nicolette Oeltges (no), Tanja Christl (tc)

Autoren und Interviewpartner dieser Ausgabe:

siehe Hinweise unter jeweiligem Text

Grafik, Layout:

Ellen Kotzbauer

Erscheinungsweise:

alle 2 Monate

Verlagsveröffentlichung:

20. Ausgabe

Foto-Quellen:

www.shutterstock.com, Wikimedia,
www.pixelio.de, www.pixabay.de

Nachdruck und Veröffentlichung nur mit Genehmigung des Herausgebers erlaubt.**Beiträge und Autoren**

In den mit Autorennamen gekennzeichneten Beiträgen wird die Meinung der Autoren wiedergegeben. Diese muss nicht unbedingt mit der des Herausgebers übereinstimmen.

Risikohinweise / Disclaimer

Die Redaktion bezieht Informationen aus Quellen, die sie als vertrauenswürdig erachtet. Eine Gewähr hinsichtlich Qualität und Wahrheitsgehalt dieser Informationen besteht jedoch nicht. Indirekte sowie direkte Regressansprüche und Gewährleistung wird für jegliche Inhalte kategorisch ausgeschlossen. Leser, die aufgrund der in diesem Report veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen, handeln auf eigene Gefahr, die hier veröffentlichten oder anderweitig damit im Zusammenhang stehenden Informationen begründen keinerlei Haftungsobliegenheit. Ausdrücklich weisen wir auf die erheblichen Risiken hoher Wertverluste hin. Dieser BeteiligungsReport darf keinesfalls als Beratung aufgefasst werden, auch nicht stillschweigend, da wir mittels veröffentlichter Inhalte lediglich unsere subjektive Meinung reflektieren.

Für alle Hyperlinks gilt: Die epk media GmbH & Co. KG erklärt ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten zu haben. Daher distanziert sich die epk media GmbH & Co. KG von den Inhalten aller verlinkten Seiten und macht sich deren Inhalte ausdrücklich nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle in den Seiten vorhandenen Hyperlinks, ob angezeigt oder verborgen, und für alle Inhalte der Seiten, zu denen diese Hyperlinks führen.

Alle nicht mit dem Zusatz „(red.)“ - Redaktion - gekennzeichneten Beiträge sind Auftragspublikationen und damit Anzeigen.

Inflation entsteht durch Vertrauensverlust

Wie waren sich doch vor wenigen Monaten noch viele Ökonomen weltweit sicher, dass Inflation ein Thema von gestern sei. Heute sehen wir. Die Inflation steht wieder auf der Tagesordnung.



Zwei Aspekte müssen bei einer Analyse in Betracht gezogen werden. Zum einen wird aus der Kombination angespannter Märkte im Jahr 2020 und aufgestauter Kaufkraft wegen hoher Sparraten Raum für Preissteigerungen im Jahr 2021 sichtbar. Das muss kein lang anhaltender Trend sein und wird die Volkswirtschaft für sich allein nicht in Aufruhr versetzen. Viel gefährlicher sind zum anderen jedoch die Last der Kosten der Pandemiebekämpfung und die daraus resultierende Lust auf neue Schulden.

Wer finanzpolitisch schwindelfrei ist, mag sich die Zahlen der letzten zehn Tage vor Augen führen. Der US-amerikanische Präsident peitscht ein Konjunkturprogramm von 1,9 Billionen US-Dollar durch die Kammern des Parlaments. Die Europäische Union ist immer noch auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten für ihr 750 Milliarden Euro teures „Zukunfts“-Programm. Und der deutsche Finanzminister und Kanzlerkandidat, Olaf Scholz, kombiniert die Modifikation oder auch Abschaffung der in Artikel 109 GG festgeschriebenen Schuldenbremse mit Forderungen nach Steuererhöhungen von der Einkommen- bis hin zur Vermögensteuer. Gleichzeitig lesen wir, dass in den Ressorts der Bundesregierung Forderungen von weiteren 200 Milliarden Euro an die ohnehin schon schuldenfinanzierten Haushalte gestellt werden, sich die Finanzierungslücke also noch deutlich vergrößert. Diese Zahlen zerstören nahezu alle Handlungsmöglichkeiten der kommenden Generationen der westlichen Welt.

Inflation, so lehren uns Erfahrung und Forschung der letzten 100 Jahre, ist nicht allein ein volkswirtschaftlich-mathematisches Phänomen. Vielmehr entsteht Inflation durch den Vertrauensverlust der Marktteilnehmer in die Stabilität des Preisniveaus.

Dies ist zugleich das Vertrauen in die Fähigkeit und den Willen der Notenbanken, ihrem Auftrag gerecht zu werden

und die Kaufkraft der Währung zu erhalten. Die oben gezeigten Lasten, die auf die Schultern von Fed und EZB gelegt werden, sind enorm. Durch die Billigung und teils Unterstützung der Staatsschuldenfinanzierung der letzten zehn Jahre haben die Zentralbanken einen großen Teil ihrer Unabhängigkeit aufgegeben. Im freien Teil der Welt sind sie letztlich von der Vernunft der Parlamente und Regierungen abhängig. Noch einmal deutlich: Ohne Vertrauen entsteht Inflation allein schon aus der Furcht vor Inflation!

Verantwortliche Politik verlangt eine schnelle Eindämmung der Staatsverschuldung. Das geht nicht über Nacht, aber in Deutschland muss es nach den Regeln der Schuldenbremse gehen. Jede Regierung nach 2021 muss sparen! Je mehr wirtschaftliches Wachstum durch Nutzung der marktwirtschaftlichen Kräfte ermöglicht wird, umso milder werden die Konsolidierungsmaßnahmen ausfallen können. Steuererhöhungen und Dirigismus bewirken jedoch das Gegenteil. Das ist die Agenda eines ehrlichen Bundestagswahlkampfes!

Wir – die Ludwig-Erhard-Stiftung – sagen mit den Worten unseres Stifters: „Es gilt (...), alle Kräfte darauf zu konzentrieren, eine Inflation zu verhüten und jedes schuldhaftes Verhalten, das zu einer inflationistischen Entwicklung führen könnte, vor der gesamten Öffentlichkeit zu brandmarken und dadurch zu verhindern. Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen“ (Ludwig Erhard, 1957).

Quelle: Erstveröffentlichung durch die Ludwig-Erhard-Stiftung im ERHARD HEUTE vom 05.03.2021 ■

Scope übernimmt Euler Hermes Rating

Die Ratingagentur Scope treibt die Konsolidierung im europäischen Ratingmarkt weiter voran. Die Übernahme stärkt insbesondere Scopes Kapazitäten für SMEs und Projektfinanzierungen. Beide Bereiche profitieren von steigendem Investoreninteresse

Die Scope Group, Europas führender Anbieter von unabhängigen Kreditrating, ESG-Research und Fondsanalysen, übernimmt zum 1. Januar 2021 die Euler Hermes Rating GmbH. „Die Übernahme von Euler Hermes Rating ist der nächste Schritt zur Konsolidierung des europäischen Ratingmarkts und zum Aufbau eines europäischen Rating-Schwergewichts“, sagt Florian Schoeller, Gründer und CEO der Scope Group. Euler Hermes Rating agiert bislang unter dem Dach des Kreditversicherers Euler Hermes und des Versicherungskonzerns Allianz und ergänzt künftig das Geschäft von Scope um attraktive Zukunftsfelder: Der Analyse-Fokus liegt vor allem auf kleinen und mittelgroßen Unternehmen (SME) sowie auf Projektfinanzierungen. „Mit dieser Ausrichtung hat Euler Hermes Rating in Segmenten eine gute Position, in denen große Wachstumspotenziale liegen“, sagt Florian Schoeller. Ein Grund: Investoren richten auf der Suche nach Renditen und alternativen Assetklassen ihr Augenmerk verstärkt auf Projektfinanzierungen und SMEs. Zugleich fördert die Europäische Kommission im Rahmen der voranschreitenden Kapitalmarktunion eine stärkere Kapitalmarktorientierung in diesen Bereichen.

Das Ziel der Kapitalmarktunion – die Schaffung eines starken und grenzüberschreitenden europäischen Kapitalbinnenmarkts – ist für Europas Ökonomie von großer strategischer Bedeutung. „Wir bieten Investoren und Emittenten in diesem für die Finanzierung von Unternehmen und Staaten wichtiger werdenden

Kapitalmarkt eine europäische Perspektive – sowohl auf Kreditrisiken als auch auf ESG“, sagt Guillaume Jolivet, COO der Scope Group. „Unsere Bewertungsansätze und Ratingmethodiken basieren auf einem tiefen Verständnis europäischer Realitäten. Deshalb freuen wir uns, das Analyistenteam von Euler Hermes Rating bei Scope begrüßen zu dürfen. Denn sie verfügen über langjährige Erfahrung in der Bewertung des europäischen Mittelstands, was unsere eigene Rating-Expertise perfekt ergänzt.“

Euler Hermes Rating wird künftig unter „Scope Hamburg GmbH“ firmieren und in die Scope Group integriert.

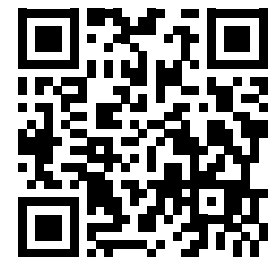
Zum Hintergrund Europäische Ratingagentur:

Seit der Finanzkrise 2008 und der folgenden europäischen Staatsschuldenkrise 2011 ist der Ruf nach einer europäischen Ratingagentur, die das Meinungsoligopol der US-amerikanischen Ratingagenturen auflösen soll, eine Dauerforderung europäischer Politiker. Horst Köhler, Bundespräsident a.D. der Bundesrepublik Deutschland, hat dies kürzlich im Rahmen der Gründung der Scope Foundation erneut bekräftigt: „Europa braucht eine starke und unabhängige europäische Ratingagentur.“ Die europäische Rating-Perspektive, die Scope in seinen Ratings bietet, wird von einer wachsenden Zahl international agierender Konzerne geschätzt – darunter: Barclays, Daimler, Deutsche Lufthansa, Fnac Darty, Haniel, Lanxess, Merck KGaA, Sanofi, Santander, Terna, Unicredit oder Vonovia.

Zum Hintergrund Kapitalmarktunion:

Kernziel der Kapitalmarktunion ist es, die noch immer national geprägten und stark fragmentierten europäischen Finanzmärkte zu überwinden und Unternehmen durch den Zugang zum pan-europäischen Kapitalmarkt Finanzierungsalternativen zum Bankkredit zu eröffnen. Davon profitieren sollen vor allem kleine und mittlere Unternehmen (SME) sowie Infrastrukturprojekte. Die Europäische Kommission verfolgt die „Capital Markets Union“ bereits seit 2015. Die Covid-19-Krise und der Brexit mit dem Ausscheiden des Finanzplatzes London aus der europäischen Union haben Relevanz und Dringlichkeit dieses Vorhabens deutlich erhöht und dazu geführt, dass die Europäische Kommission im September 2020 einen neuen Aktionsplan vorgelegt hat.

Quelle: Scope SE & Co. KGaA



Anzeige



Netzwerk



Kommunikation



Recruiting

rohmermedien

rohmer medien consult gmbh

Tel. +49 (0)5242 9012-50

Fax +49 (0)5242 9012-51

E-Mail info@rohmer.de

www.rohmer-medien.de



Welche Rolle werden digitale Währungen in Zukunft spielen?

Eines der derzeit zukunftssträchtesten Themen im Zusammenhang mit Geld sind digitale Währungen – nicht zu verwechseln mit elektronischem, also bargeldlosem Bezahlen. In Schweden etwa wird kaum noch mit Bargeld bezahlt, während es in Deutschland immer noch die wichtigste Bezahlform im Alltag ist. Befürworter des Bargelds argumentieren vor allem, dass sie vor der Nachverfolgung von Finanztransaktionen geschützt sind und keine Negativzinsen befürchten müssen. Durch digitales Bezahlen allein, etwa über das Smartphone, entsteht aber noch keine andere Währung.

Anders verhält es sich mit den sogenannten Kryptowährungen. Finanzielle Transaktionen können über die Blockchain-Technologie verschlüsselt zwischen zwei Personen abgewickelt werden („peer-to-peer“). Diese Form der monetären Transaktion ist rein privat, weshalb zum Beispiel Zentralbanken, darin eine Bedrohung der staatlich legitimierten Währungen sehen¹. Jenseits der technischen

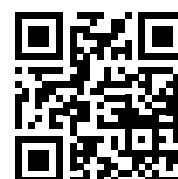
Details stellt sich die Frage, ob Kryptowährungen tatsächlich Währungen sind? Die Frage ist mit Nein zu beantworten, denn sie erfüllen nicht die Funktionen von Geld und entsprechen somit nicht dessen Definition. Kryptowährungen sind heute noch kein gängiges Zahlungsmittel, sie sind aufgrund der hohen Volatilität kein Wertaufbewahrungsmittel und noch keine gängige Recheneinheit. Niemand kann verpflichtet werden, Kryptowährungen zu akzeptieren. Es fehlt ihnen also die wichtigste Grundlage einer stabilen Währung: das institutionalisierte Vertrauen. Bitcoin und andere Kryptowährungen haben trotzdem in den letzten Monaten deutlich an Wert gewonnen und werden zum Zweck der Vermögensdiversifikation immer stärker nachgefragt. Sie fungieren folglich eher als „Krypto-Assets“. Dennoch sind digitale Währungen technologisch und geldpolitisch betrachtet für Zentralbanken relevant. Daher beschäftigen sie sich immer intensiver mit den Möglich-

keiten digitalen Zentralbankgeldes, den Central Bank Digital Currencies (CBDCs).

Digitale Währungen befinden sich aktuell noch im Anfangsstadium. Es ist gleichwohl zu erwarten, dass sie technologisch ausreifen und künftig wirtschaftlich eine immer größere Rolle spielen werden. Auch wenn die sogenannten Kryptowährungen sich als ganzheitliche Alternative zu den bestehenden Währungen wohl nicht durchsetzen werden, wird sich „Geld“ weiter privatisieren. Zudem werden sich Banken durch die Digitalisierung stark verändern. „Banking without Banks“ ist schon lange keine abstrakte Zukunftsvision mehr. Währungen hingegen bleiben vermutlich in den Händen von Zentralbanken. Diese werden in den nächsten Jahren zu diesem Zweck das digitale Zentralbankgeld zügig weiterentwickeln. Dagegen haben Krypto-Assets eine gute Chance, eine neue Anlageklasse zu werden, wenn sie als Mittel zur Wertaufbewahrung akzeptiert werden. Im Bereich der industriellen Anwendung, etwa in der Industrie 4.0, spielen die Blockchain-Technologie und darauf basierende Tokens künftig eine wichtige Rolle. Und wie steht es um das Bargeld? Es wird wohl noch eine Weile bleiben, aber mehr und mehr zur Seite gedrängt.

Die Donner & Reuschel Studie „Währungen und Werte“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) erstellt. Nach den Themen „Vermögen“ und „Wachstum“ komplettiert sich damit die Trilogie der Studienreihe Mensch, Gesellschaft, Ökonomie – Gemeinsam für eine bessere Zukunft.

Die Ergebnisse der Studienreihe finden Sie hier:



Quelle: Pressemitteilung, Donner & Reuschel, vom 10.03.2021 ■

Anzeige

AB HERBST 2021 ERHÄLTlich

Booklet (12x17cm)
„Das Geld-Paradox“
ISBN: 978-3-937853-41-3

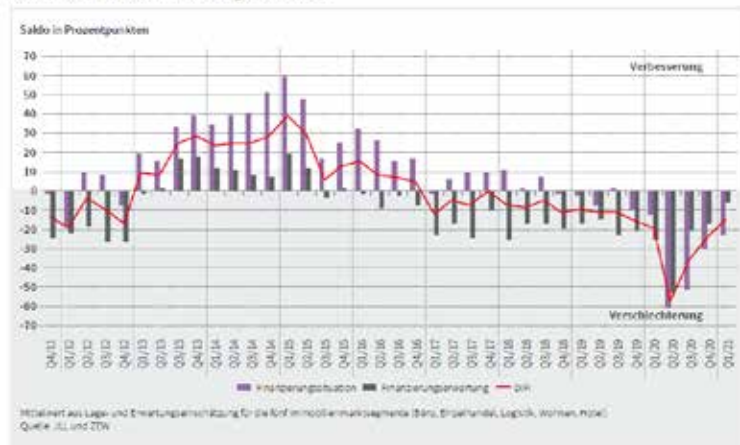
9,90 €
zzgl. Versand

DIFI lässt Talsohle hinter sich

Immer noch deutlich im Minus, aber bester Wert seit 2019

Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI)* von JLL und dem ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, der vierteljährliche Stimmungsindikator für gewerbliche Immobilienfinanzierungen in Deutschland, hat im 1. Quartal 2021 zum dritten Mal in Folge zugelegt. „Mit einem Plus von 9,5 Punkten gegenüber dem Vorquartal weist der Indexstand zwar immer noch ein deutliches Minus aus (- 14,0 Punkte), aber die Tendenz ist positiv und gleichbedeutend dem besten Wert seit Herbst 2019“, so Anke Herz, Head of Debt Advisory JLL Germany.

Deutscher Immobilienfinanzierungsindex (DIFI)



Zwar haben sich in der vierten Nach-Corona-Umfrage sowohl die Einschätzungen der befragten Experten/innen zur Finanzierungssituation in den vergangenen sechs Monaten (+ 7,4 Punkte) als auch die Finanzierungserwartungen für die kommenden sechs Monate (+ 11,7 Punkte) weiter verbessert. Beide Salden bewegen sich mit minus 22,2 Punkten bzw. minus 5,7 Punkten aber immer noch im negativen Bereich.

Einzelhandel bleibt gebranntes Kind – Hotels werden sich erholen

Bis auf den Einzelhandel konstatierten die Experten den anderen vier Nutzungsarten (gegenüber der Befragung im 4. Quartal 2020) eine positive Entwicklung, dies sowohl bei ihrer Einschätzung der Finanzierungssituation als auch der kurzfristigen Aussicht. Selten hatte der Einzelhandel so zu kämpfen wie 2020, und auch 2021 wird schwierig bleiben, das erste Vierteljahr noch größtenteils im

Lockdown. Das spiegelt sich auch in den DIFI-Zahlen wider: minus 11,2 und minus 4,4 Punkte schlugen hierbei bei der Befragung zu Buche. Beim Indikatorstand wird der Einzelhandelssektor allerdings von Hotel sogar noch übertroffen: minus 84,4 Punkte stehen gegenüber. Aber: der Hotelsektor hat bei den Expertinnen und Experten immerhin um 3,5 Punkte zugelegt, besser noch sind deren angegebenen Aussichten (+16,7 Punkte). „Die Mehrheit der Befragten erwartet nun, dass die Finanzierungsbedingungen für Hotelimmobilien im Laufe der nächsten

sechs Monate entweder unverändert bleiben oder sich verbessern werden. Es bleibt eine Einschätzung, die auf einem Erfolg der angelaufenen Impfkampagnen mit einer damit verbundenen Hoffnung zur Rückkehr zum ‚normalen Leben‘ beruht“, so Anke Herz.

Auch die Nutzungsart Büro ist nach Einschätzungen der Expertinnen und Experten weiterhin negativ von der Corona-Pandemie betroffen (-37,1 Punkte), allerdings mit dem optimistischsten Ausblick: Der Erwartungsindikator fällt mit 20 Punkten deutlich höher aus als bei der letzten Befragung im 4. Quartal 2020.

Profiteure des aktuellen Umfelds sind nach Einschätzungen der Expertinnen und Experten nach wie vor Logistik und Wohnen. Beide Nutzungsarten weisen im 1. Quartal 2021 positive Salden bei der Finanzierungssituation auf, hier mit den stärksten Zuwächsen von 23,5 bzw. 21,1 Punkten. Nach Einschätzung der Befragten werden beide Sektoren auch in den kommenden sechs Monaten den Trend fortsetzen. So steigen die Teilsalden der jeweiligen Erwartungsindikatoren um

16,6 Punkte (Logistik) bzw. 9,7 Punkte (Wohnen). „Der Indikator für die Nutzungsart Logistik, der die Finanzierungssituation und die Finanzierungserwartungen zusammenfasst, erreicht mit 42,2 Punkten im 1. Quartal 2021 den höchsten Stand seit Beginn der Umfrage“, so Frank Brückbauer, Department International Finance and Financial Management, ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Refinanzierungsmärkte im Aufwind

Im 1. Quartal 2021 werden Situation und Ausblick an den Refinanzierungsmärkten deutlich optimistischer eingeschätzt als noch im 4. Quartal 2020. Mit Anstiegen zwischen 15,8 Punkten („Einlagen“) und 59,4 Punkten („Immobilienaktienmärkte“) haben sich alle Situationsindikatoren für die abgefragten Refinanzierungsinstrumente deutlich verbessert. „Am optimistischsten beurteilen die Expertinnen und Experten die Finanzierungssituation an den Immobilienaktienmärkten. Mit einem Saldo von 28,6 Punkten konnte der entsprechende Indikator seit seinem Tief im 2. Quartal 2020 72,4 Punkte zulegen und erreicht damit seinen höchsten Stand seit dem 2. Quartal 2015“, so Helge Scheunemann, Head of Research JLL Germany. Und weiter: „Mit Ausnahme des Refinanzierungsinstruments Pfandbriefe steigen alle Erwartungsindikatoren gegenüber dem Vorquartal, mit 27,3 Punkten am stärksten bei den Immobilienaktienmärkten. Die verzeichnen unter den fünf Refinanzierungsvehikeln denn auch den höchsten Stand (19 Punkte).“

Entscheidungskriterien bei Vergabe von Büroimmobilienfinanzierungen

Es überrascht nicht, dass die Antworten der Expertinnen und Experten in der Sonderfrage, wie sich ihre Erwartungen auf das Neugeschäft bei Büroimmobilien auswirke, mehrheitlich in eine Richtung gehen: das Engagement in den vier Risikoprofilen wollen die meisten gegenüber 2020 zurückfahren. Im opportunistischen Bereich geht die Tendenz eher zu „weniger als 2020“ (39,1 Prozent) bis „gar nicht“ (60,9 Prozent). Bei

Core und Core+ gaben 29,2 Prozent bzw. 26,1 Prozent an, 2021 ein größeres Volumen an Neugeschäft anzustreben.

„Unsere zusätzliche Frage nach dem Einfluss der Corona-Pandemie auf Büroimmobilienfinanzierungen hat deutlich gemacht, dass alle abgefragten Kriterien an Bedeutung gewonnen haben, bestimmte Themen durch veränderte Rahmenbedingungen und permanente Diskussion in der Öffentlichkeit verstärkt, beschleunigt wurden“, so Anke Herz. Und Helge Scheunemann ergänzt: „Zu den Vergabekriterien, die vor der Pandemie nur eine geringfügige Rolle spielten, in der aktuellen Befragung von Februar aber für deutlich mehr Expertinnen und Experten an Gewicht zugelegt

haben, gehören:

- ein ESG Zertifizierungslabel, das mittlerweile einen Zuspruch von über 70 Prozent der Befragten erhält (vor Corona knapp 27 Prozent),
- das Home Office, das auf der Skala von 1 - 5 („unwichtig“ bis „sehr wichtig“) vor Corona von keinem der Befragten bei 4 oder 5 gesetzt worden war, mittlerweile aber von knapp 47 Prozent in die Kategorie „wichtig“ und „sehr wichtig“ eingeordnet wird
- oder die Flexibilität des Gebäudes zur Umsetzung von Hygienekonzepten, die aktuell von rund 47 Prozent der Experten als bedeutsam genannt wird (vor Corona nur von 17 Prozent).“

Als Folge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen rücken Kriterien zur besseren Abschätzung des Kreditrisikos, die auch vor Ausbruch der Pandemie schon deutlich relevant waren, weiter in den Fokus. Zum Beispiel gab es Verschiebungen bei der technischen Ausstattung: aktuell ordnen 70 Prozent der Experten dieses Kriterium als „wichtig“/„sehr wichtig“ ein (vormals 48 Prozent). Mit einem Anteil von über 90 Prozent haben mehr als doppelt so viel Experten (vor Corona 43 Prozent) der Branchenzusammensetzung der Mieter eine sehr hohe Relevanz zugewiesen. „Hier spielt sicherlich die Sorge von möglichen Mietausfällen eine Rolle“, so Anke Herz.

Quelle: Pressemitteilung JLL vom 17.03.2021 ■

Stiftung Finanzbildung

– denn Finanzbildung ist systemrelevant

Das ist das Motto des Deutschen FinanzbildungsForums der Stiftung Finanzbildung am 05.07.2021 in Landshut, das voraussichtlich wegen der Pandemie als Hybridveranstaltung durchgeführt wird.

Ein zentrales Element der Veranstaltung unter der Schirmherrschaft des bayerischen Wissenschaftsminister Bernd Sibler und unter wissenschaftlicher Leitung von Hochschulpräsident a.D. Prof. em. Dr. Erwin Blum ist die Vorstellung von Studien und Forschungsergebnissen aus Bachelor-, Master- oder Doktorarbeiten und zu anderen Anlässen an finanzökonomischen, -psychologischen oder weiteren ökonomischen Lehrstühlen. Die Schwerpunktthemen des Forums



2021 sind finanzökonomische Nachhaltigkeit, Digitalisierung in der Finanzwirtschaft und Finanzbildung sowie monetäre Folgen der Corona-Pandemie.

Deshalb unser Aufruf an die Professoren und jungen Wissenschaftler:



Stellen Sie uns Ihre wissenschaftliche Arbeit vor und diskutieren Sie diese mit Finanzmarktprofis aus Banken, Vermögensverwaltungen, Family Offices, Consultant, Medien und Wissenschaft. Damit wird das Deutsche FinanzbildungsForum auch eine Karriereplattform für die Nachwuchsakademiker. Die wissenschaftliche Leitung und die Stiftung Finanzbildung werden themenbezogen und aus Sicht der Praxisrelevanz dann Arbeiten auswählen und mit den Studienerstellern und deren Professoren die (Online)-Präsentation abstimmen.

Wir freuen uns bereits jetzt über zahlreiche Impulse. Liebe Studenten, Absolventen, Doktoranden und Professoren - nehmen Sie formlos und direkt Kontakt zur Stiftung Finanzbildung auf. Ihr Ansprechpartner ist Edmund Pelikan.

Werden Sie Teil dieser Bildungsidee – am besten per E-Mail unter info@stiftung-finanzbildung.de ■

Langfristig werden höhere Inflationsraten wahrscheinlicher

Rückkehr der Inflation

- Nach Ende der Pandemie wird es einen kurzfristigen Inflationsschub geben
- Höhere Inflationsraten und niedrige Zinsen führen zu negativen Realzinsen
- Negative Realzinsen machen Immobilien attraktiver
- Experten erwarten Anstieg von NPLs in einzelnen Segmenten



Bildrechte: BF.direkt, IREBS, CR Investment Management, ZEW

Nach Ablauf des Corona-Jahres mit seinen massiven staatlichen Hilfsprogrammen in den USA und Europa rückt die Inflation wieder ins Blickfeld der Diskussion. Nach Überwindung der Corona-Pandemie wird es zunächst einen Inflationsanstieg geben. Hierbei handelt es sich um einen Nachholeffekt, der nicht anhaltend sein wird. Langfristig – mit Blick auf die kommenden zehn Jahre – ist die Wahrscheinlichkeit für höhere Inflationsraten als in der jüngeren Vergangenheit deutlich gestiegen. Die hoch verschuldeten Staaten benötigen negative Realzinsen, um die Schuldentragfähigkeit sicherzustellen. Negative Realzinsen bedeuten, dass die Inflationsraten höher sind als die Zinsen. Für die Immobilienmärkte heißt das: Sind die Realzinsen negativ, werden Immobilien als Anlageklasse noch attraktiver.

Dies sind die Kernergebnisse der heutigen Online-Presskonferenz "Rückkehr der Inflation? Was heißt das für die Immobilienmärkte?", an der Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Steffen Sebastian, Inhaber des Lehrstuhls für Immobilienfinanzierung an der IREBS, Universität Regensburg, Francesco Fedele, CEO der BF.direkt

AG und Torsten Hollstein, Managing Director der CR Investment Management, teilnahmen.

Prof. Dr. Heinemann fasst zusammen: „Mit dem Übergang zur Corona-Herdenimmunität wird es einen kurzzeitigen Inflationsschub geben, in dem wir Inflationsraten von drei oder vier Prozent sehen können. Dieser Kurzfristeffekt wird aber nach der Pandemie rasch auslaufen. Dennoch ist im vor uns liegenden Jahrzehnt für die Eurozone mit längeren Phasen der Inflation deutlich über dem Zwei-Prozent-Inflationsziel der EZB zu rechnen. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens laufen viele der lange Zeit inflationsdämpfend wirkenden Effekte wie die große Verfügbarkeit von Niedriglohn-Arbeitern in Asien aus. Zweitens sind die sehr hohen Post-Corona-Schuldenstände in Ländern wie Italien nicht ohne anhaltende Finanzierungshilfe der EZB tragbar. Die EZB gerät immer mehr in die Falle der „fiskalischen Dominanz“ und ist nicht mehr wirklich in der Lage, einen höheren Inflationsdruck entschlossen zu bekämpfen. Die langfristigen Zinsen werden dabei der höheren Inflation nur teilweise folgen, denn die Entschuldung der Hochschuldenstaaten wird nur mit fallenden Realzinsen gelingen.“

Prof. Dr. Steffen Sebastian ergänzt: „Langfristig gibt es einen Zusammenhang zwischen Zinsen und Infla-

tion. Die entscheidende Frage ist, wie man langfristig definiert. Die EZB ist zwar ein starker Marktteilnehmer. Sie stellt jedoch nicht den gesamten Markt dar. Auch wenn die Notenbank der Eurozone auf Inflationsausgleich verzichtet, wenn sie Staatsanleihen

kauft, können private Geldgeber dies nicht. Sie brauchen einen Inflationsausgleich.“

Francesco Fedele, CEO der BF.direkt AG, sagt: „Bei negativen Realzinsen – das heißt, wenn die Inflation höher ist als die Zinsen – dann werden Immobilien als Anlageklasse noch attraktiver. Ich sehe keine Anzeichen, dass die Anlage in Immobilien an Attraktivität verliert. Auch wenn die langfristigen Zinsen etwas steigen, heißt das nicht, dass die Attraktivität der Anlageklasse verloren geht. Das gilt unabhängig von der Nutzungsart.“

Torsten Hollstein, Geschäftsführer der CR Investment Management, kommentiert: „Ich sehe für die nächsten Jahre keine grundsätzliche Änderung der positiven Faktoren für die Assetklasse Immobilien. In einzelnen Segmenten werden aber die Mieten unter Druck geraten. Bei Handelsimmobilien sehen wir das bereits, bei Büros liegt es immerhin im Bereich des Möglichen. Kurz: Es mag innerhalb der Assetklasse Immobilien zu Umschichtungen führen. Der Makrotrend ist aber weiterhin positiv.“ Und Prof. Dr. Steffen Sebastian ergänzt: „Das letzte Segment, das von Preisschwankungen betroffen sein wird, sind meiner Meinung nach die Wohnimmobilien.“

Quelle: Pressemitteilung, vom 26.03.21, RUECKERCONSULT GmbH ■

Genuss mit Gutem verbinden! Kaufen Sie Erlesenes und bewirken nebenbei etwas richtig Gutes.



Der Wein

„Terre de Pierres“ von Château Moyau ist eine Cuvée aus Grenache Noir, Carignan, Mourvèdre und Syrah. Ausgebaut wurde der Wein für jeweils zwei Jahre zur Hälfte in 300 und 500 Literfässern aus französischer Eiche und im Betontank. Der Ertrag ist auf geringe 20 Hektoliter pro Hektar begrenzt. Die Trauben stammen von Reben, die im Schnitt ca. 50 Jahre alt sind. Im Bouquet finden wir Noten von Cassis, Brombeere, Lakritz, Tabak, Nelken, Pfeffer, Trüffel, Leder, Schokolade, Mandeln und Veilchen. Am Gaumen kräftig, vielschichtig, viel samtiges Tannin, mineralisch, enorme Fülle und Frucht, saftiger Biss, feine Holznoten, sehr elegant und mit fast endlos langem Nachhall.

Ein wahrer Genuss!

Zusatzinformationen

Alkoholgehalt	14,5 Vol.%
Allergene	enthält Sulfite
Auszeichnung	-
Flaschengröße	0,75 l
Herkunft	Frankreich - Languedoc
Inverkehrbringer	Château Moyau, 11560 St. Pierre La Mer, Frankreich
Kategorie	Rotweine
Rebsorte	Grenache, Carignan, Mourvèdre, Syrah
Restsüße	trocken
Verschlussart	Kork



Die Stiftungs-Story dahinter

Die deutschen Eigentümer des Château Moyau unterstützen seit Jahren die Arbeit der Stiftung Finanzbildung. Der Idee, dass Käufer ihres Weines damit auch noch die Stiftung Finanzbildung unterstützen und die sinnvolle Arbeit für die Vermittlung von #finanzbewusstsein fördern, waren die Weingutbesitzer sofort zugetan. **Deshalb kommt der komplette Kaufpreis - nur abzüglich der nicht durch die Versandkostenpauschale abgedeckten Kosten - der Stiftung Finanzbildung zugute!**

Der Preis

6 Flaschen á 15 Euro inklusive MwSt. zu gesamt 90,- Euro zzgl. 9,90 Euro Versandpauschale ergibt
Der Versand erfolgt Mitte Mai 2021. Bestellung an bestellung@finanzbildungsforum.shop.

99,90 €
inkl. Versand & MwSt.

+++ BESTELLSCHEIN FÜR DIE AKTION „WEIN DES CHATEAU MOYAU“ +++

An
finanzbildungsforum.shop
Stiftung Finanzbildung gUG (haftungsbeschränkt)
Altstadt 296
84028 Landshut

Rechnungs-/Lieferadresse
(gerne auch mit Stempel)

Firma:
Anrede:
Vorname / Name:
Straße / Hausnummer:
PLZ / Ort:

per Mail an bestellung@finanzbildungsforum.shop
oder per Fax an 0871 430 633 11

Hiermit bestelle(n) ich/wir verbindlich

_____ Karton á 6 Flaschen zu 90 Euro zzgl. 9,90 Versandkostenpauschale des Terre de Pierres 2010 von Chateau Moyau.

**Den Bestellwert überweise (n) ich/wir vorab an das Konto der
Stiftung Finanzbildung DE62 7435 0000 0020 2200 14 bei der Sparkasse Landshut.**

Auslieferung erfolgt Mitte Mai 2021.

AGBs und Lieferbedingungen finden Sie auf unserer Webpage www.finanzbildungsforum.shop/agb

+++ VIELEN DANK FÜR DIE BESTELLUNG UND DIE UNTERSTÜTZUNG DER STIFTUNG FINANZBILDUNG! +++